

9. November 2007
69 Jahre nach der Reichspogromnacht **1938**

Kein Vergessen. Kein Vergeben.

**Solidarität mit den Opfern des
deutschen Antisemitismus
und Rassismus**



Freitag 9. November 2007, 17 Uhr

**Gedenkkundgebung am
Mahnmal Levetzowstraße (Moabit)
anschließend**

**Antifaschistische Demonstration zum
Mahnmal auf der Putlitzbrücke**



Editorial

Auch in diesem Jahr rufen wir auf zu einer Kundgebung und Demonstration anlässlich des Jahrestages der Pogromnacht 1938.

Antisemitismus ist nach wie vor in allen Gesellschaftsschichten zu finden und äußert sich immer häufiger auch in direkten Angriffen auf Jüdinnen und Juden. Rassismus in den Behörden sorgt für rechtliche Diskriminierungen und auf den Straßen für Verletzte und Tote.

Neonazis können Parlamente als legale Bühne für ihre Propaganda nutzen. Die Notwendigkeit, dagegen auf die Straße zu gehen wird auch weiterhin bestehen bleiben.

Wir freuen uns, dass wir auch in diesem Jahr einen Zeitzeugen gefunden haben, der auf unserer Kundgebung sprechen wird. Adam König war Häftling in Sachsenhausen und Auschwitz und überlebte einen der berüchtigten Todesmärsche.

Wir hoffen euch am 9. November zu sehen.

Antifaschistische Initiative Moabit (AIM)

Inhalt

Aufruf zum 9. Nov. 2007
>> [Seite 2/3](#)

Staatliches Gedenken
>> [Seite 4](#)

Nachruf auf Kurt Goldstein
>> [Seite 5](#)

NPD-Verbot jetzt!
>> [Seite 6](#)

Interview mit "Nazis im Parlament" NIP
>> [Seite 7](#)

Die Elite bleibt sich treu
>> [Seite 8](#)

15 Jahre danach - die Pogrome in Lichtenhagen
>> [Seite 9](#)

15 Jahre danach - die Abschaffung des Asylrechts
>> [Seite 9](#)

Schluss mit der Heldenverehrung
>> [Seite 10](#)

Vom Heiligen- zum Columbiadamm
>> [Seite 11](#)

Infos & Termine
>> [Seite 12](#)

Impressum

AIM
Postfach 210 235, 10502 Berlin
a i m@gmx.de,
www.antifa-moabit.de.vu

Unterstützer_innen:
Antifa Prenzlauer Berg, Initiative gegen das Chipkartensystem, Antifa TU

V.i.S.d.P.:
M.Meier, Alt Moabit 25, 10555Berlin



Mahnmal für die ehemalige Synagoge in der Levetzowstraße

69. Jahrestag der Reichspogromnacht

Wir rufen auf zu einer Demonstration und Gedenkkundgebung zum Andenken an die Opfer der Reichspogromnacht und des Holocaust.

Wir rufen auf zu einer Demonstration gegen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus.

Wir erinnern mit unserer Veranstaltung an den 9.November 1938.

Das Novemberpogrom von 1938 war ein durch die Nazis geschürter antisemitischer Gewaltakt. Im ganzen Land zogen SA-Trupps, unterstützt von Teilen der Bevölkerung, durch die Straßen, zündeten Synagogen an, schlugen Scheiben ein und plünderten jüdische Geschäfte. Viele Bürger_innen nutzten die Gelegenheit, um sich am Eigentum ihrer jüdischen Nachbar_innen zu bereichern. Gleichzeitig wurden Jüdinnen und Juden in den Straßen öffentlich gedemütigt und misshandelt. Über hundert von ihnen wurden getötet. Etwa 30.000 jüdische Männer wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt. Viele von ihnen starben dort in den darauffolgenden Monaten an den Haftbedingungen, in Folge von Zwangsarbeit, Hunger und Misshandlungen. Wer freigelassen wurde, musste sämtlichen persönlichen Besitz an das deutsche Reich abtreten und versichern, innerhalb kürzester Zeit das Land zu verlassen.

Der Schock der Pogrome löste eine Auswanderungswelle unter den noch in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden aus. Auch diejenigen, die bisher geglaubt hatten, sich irgendwie mit den zunehmenden Schikanen und Beschränkungen arrangieren zu können und so wenigstens nicht ihr Zuhause verlassen zu müssen, bemühten sich nun verstärkt um Ausreisemöglichkeiten. Bis zum Beginn der Deportationen

1941 gelang es immerhin zwei Dritteln der deutschen Jüdinnen und Juden zu flüchten. Dennoch fielen einige von ihnen wenige Jahre später doch noch den Nationalsozialisten in die Hände. In Frankreich, in den Niederlanden, in zahlreichen Verstecken wurden sie von ihren Verfolgern eingeholt, deportiert und ermordet.

In Berlin begannen die Deportationen am 18. Oktober 1941.

Der Bezirk Tiergarten spielte dabei eine entscheidende und unrühmliche Rolle. In der Moabiter Levetzowstraße befand sich eine der größten Synagogen Berlins, sie war das Spiegelbild der großen und vielschichtigen jüdischen Gemeinde des Bezirks Tiergarten. Auch diese Synagoge wurde in der Pogromnacht angezündet und beschädigt, eine weitere kleinere Synagoge im nahe gelegenen Hansaviertel wurde bis auf die Grundmauern zerstört. Das beschädigte Synagogengebäude in der Levetzowstraße missbrauchten die Nazis ab 1941 als Sammellager für die zur Deportation bestimmten Jüdinnen und Juden. Mit Lastwagen wurden diese aus ihren Wohnungen abgeholt und mussten zusammengepfertcht in ihrer alten Synagoge auf die Deportation warten. Von SS-Mannschaften bewacht, wurden sie anfangs von hier aus zu Fuß bis zum Bahnhof Grunewald getrieben. 8 km durch die gesamte westliche Innenstadt und über den Kudamm, am helllichten Tag, unter aller Augen. Vielleicht erschien der NS-Führung das dann doch zu auffällig, vielleicht war es einfach nur praktischer, jedenfalls wurde ab 1942 der nahe ge-

legene Güterbahnhof Moabit zum größten Deportationsbahnhof in Berlin. Von Nebengleisen dieses Bahnhofs fuhren die Züge direkt vor die Gewährläufe deutscher Soldaten in Riga und Warschau und in die Gaskammern von Sobibor, Treblinka und Auschwitz. Über 50.000 Berliner Jüdinnen und Juden wurden so deportiert, etwa 30.000 von ihnen von Moabit aus. Deshalb orientiert sich unsere Demonstration an dem Weg, den die Jüdinnen und Juden damals gehen mussten, vom Standort der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße, hin zum Mahnmal an den Deportationsbahnhof auf der Putzitzbrücke.

Erinnerung

In der offiziellen Erinnerungspolitik wird gerne der Bruch betont zwischen der heutigen Bundesrepublik und Nazideutschland. Ebenso wird ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der „normalen“ deutschen Bevölkerung und den Nationalsozialisten behauptet. Doch die „Stunde Null“ 1945 hat es so nie gegeben und gerade die Beteiligung der Bevölkerung an den Novemberpogromen zeigt, wie sehr diese selbst aktiver Teil der NS-Ideologie war. Diese wurde den Deutschen nicht einfach übergestülpt. Sie konnte vielmehr auf vorhandene Ressentiments aufbauen und sich zur geistigen Leitkultur entwickeln, die dann das verbindende Element der Volksgemeinschaft wurde.

Diese Verschmelzung von Nazis und Bevölkerung wurde bis heute kaum begriffen und reflektiert. Auf offiziellen Gedenkfeiern wird gerne pauschal der „Opfer

von Krieg und Gewaltherrschaft“ gedacht. Dies sind dann irgendwie alle, vom Holocaust-Opfer bis zum gefallenen Soldaten. So schaffen es die Deutschen sich endlich selbst als Täter und Täterinnen aus dem Fokus zu nehmen und sich in die Reihen der Opfer zu stellen. Gedacht wird inzwischen vor allem der „eigenen“ Opfer. Die „eigenen“, das sind Bombenopfer, sogenannte Vertriebene oder auch deutsche Soldaten und Kriegsgefangene, nicht aber Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Widerstandskämpfer_innen oder Deserteure.

Entsprechend stark ist die Abwehr, wenn Überlebende oder deren Interessenvertretungen an die deutsche Schuld erinnern oder sogar Forderungen stellen. Erst nach jahrelangem Druck, vor allem aus dem Ausland, nach Sammelklagen von Überlebenden und Boykott-Drohungen gegen deutsche Konzerne sah sich die Bundesregierung im Jahr 2000 gezwungen eine Stiftung zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter_innen einzurichten. Für die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ kratzten die Bundesregierung und deutsche Unternehmen nach zähen Verhandlungen zehn Milliarden Euro zusammen. Die hauptsächlichste Motivation wurde dabei nicht verschwiegen. Im Vordergrund der Bemühungen müsse stehen, „Klagen, insbesondere Sammelklagen in den USA, zu begegnen und Kampagnen gegen den Ruf unseres Landes und seiner Wirtschaft den Boden zu entziehen.“

Das Antragsverfahren erlebten zahlreiche Überlebende als erneu-

te Demütigung. Die Beweislast für ihre Leiden lag bei ihnen, doch in vielen Fällen war es ihnen nicht möglich, die erforderlichen Unterlagen ausfindig zu machen. Die entsprechenden Hilfsstellen waren überlastet und die nicht fertig bearbeiteten Anträge bleiben nun bei den Zahlungen unberücksichtigt. Die Antragsteller_innen wurden nicht als Subjekte gesehen, die ihr Recht wahrnehmen, sondern zu Bittstellern degradiert. Die Vertreter der deutschen Wirtschaft präsentierten sich dagegen als großzügige Vollstrecker einer freiwilligen Solidaritätsaktion.

Dabei wurden von vorne herein mehrere Opfergruppen von jeglichen Zahlungen ausgeschlossen, obwohl an ihrer Ausbeutung als Arbeitsklaven der deutschen Kriegswirtschaft kein Zweifel besteht und ihre Vernichtung durch Arbeit einkalkuliert war. So wurden die italienischen Militärinternierten nicht berücksichtigt, ebenso wie die sowjetischen Kriegsgefangenen.

Auch nicht vorgesehen war eine Entschädigung ziviler Opfer der Kriegsverbrechen von Wehrmacht und SS, vor allem Hinterbliebene der zahlreichen Massaker in den überfallenen Ländern.

Derweil wurde im Juni diesen Jahres die Auszahlung von Geldern durch die Stiftung offiziell für beendet erklärt. Mit einem Staatsakt im Schloss Bellevue feierten die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft sich selbst. Über die Verwendung der Gelder des in der Stiftung enthaltenen Zukunftsfonds entscheidet nun ein rein deutsches Gremium, befreit von Vertreter_innen der Opfergruppen. Wo das hinführt zeigen bereits gelaufene Projekte wie das Gedenken an die „Trümmerfrauen von Köln und Wolgograd“ und des „Widerstands gegen die kommunistischen Diktaturen“

im Rahmen des Programms „Europa für den Frieden“. Womit wie wieder bei der Parallelisierung von Opfergruppen in der deutsche Erinnerungspolitik wären.

Es bleibt zu hoffen, dass die Schlussstrichparty im Schloss Bellevue zu früh stattfand. Bei Strafprozessen zu NS-Massakern in Italien wurden die Täter und die Bundesrepublik zu Schadenersatzzahlungen verurteilt. Um das rechtskräftige Urteil wegen des Massakers im griechischen Distomo am 10.Juni 1944 zu vollstrecken, hat der Rechtsanwalt Joachim Lau aus Florenz Anfang Juni deutsche Liegenschaften nahe der italienischen Stadt Como durch die Eintragung einer Zwangshypothek gepfändet.

Parallel zu der Veranstaltung im Schloss Bellevue fand eine Protestkundgebung statt, auf der die Bundesregierung aufgefordert wurde, die materielle Verantwortung zu übernehmen „für die Schädigung der Gesundheit, indem sie die Kosten für die erforderliche medizinische Behandlung trägt; für den vorenthaltenen Arbeitslohn, indem sie die überfälligen Auszahlungen leistet; sowie für die vorenthalte Berücksichtigung in der Rente, indem sie für den entsprechenden Ausgleich sorgt, sowie die sofortige Entschädigung aller NS-Zwangsarbeiter_innen, Kriegsgefangenen und Massakeropfern“.

Dieser Forderung können wir uns nur anschließen.

Verantwortung

Die massive Abwehr der Verantwortung zeigt, wie sehr die geistige Formation des Nationalsozialismus und vor allen Dingen der ihn konstituierende Antisemitismus in vielen Bereichen des Staates und der Gesellschaft weiter lebt. Nicht nur im offen

antisemitischen politischem Spektrum, sondern in allen Teilen der Gesellschaft. Versatzstücke von nationalsozialistischer Ideologie und Antisemitismus begegnen uns in Bundestagsdebatten ebenso wie in ostdeutschen Provinzparallelegesellschaften. Sie begegnen uns in Reden des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Günther Oettinger, der den Nazirichter Filbinger in einem Nachruf zum Gegner des NS-Regimes erklärt und in Äußerungen der Nachrichtensprecherin Eva Herrmann, wenn sie über die positiven Seiten der nationalsozialistischen Familienpolitik referiert. In einer Berliner Polizeischule beschwerten sich im Unterricht über den Nationalsozialismus kürzlich die angehenden Einsatzkräfte, sie wollten nicht dauernd an den Holocaust erinnert werden und erklärten gegenüber dem Zeitzeugen Isaak Behar „Juden seien doch alles reiche Leute“.

62 Jahre nach der Beendigung des Holocaust durch die alliierten Streitkräfte sind jüdische Menschen in Deutschland nicht sicher. Es gibt keine jüdische Einrichtung, egal ob Schule, Synagoge oder Kindergarten ohne Polizeischutz, Kameraüberwachung und Sicherheitsschleuse. Es vergeht keine Woche ohne antisemitische Beleidigungen, Gewaltakte, Friedhofs- und Mahnmalsschändungen. Mit dem Einzug der NPD in diverse Länderparlamente hat die rechtsradikale Propaganda dort eine legale Plattform erhalten. Gleichzeitig demonstrieren deren Anhänger auf der Straße gegen Juden und Ausländer und für „nationalen Sozialismus“.

Dazu kommt ein Antisemitismus, der getarnt als Kritik an Israel auftritt. Antisemitische Vorurteile werden auf den Staat Israel projiziert und daran abgearbeitet. Das Bibelzitat „Auge

um Auge, Zahn um Zahn“, mit dem die Berichterstattung zum Nahost-Konflikt gerne kommentiert wird, ist die Kolportierung eines der ältesten antisemitischen Ressentiments. Obwohl diese Bibelstelle meint, dass nicht blinde Rache geübt werden darf, sondern die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt werden muss, wird sie immer wieder verwendet um die Mär von der angebliche jüdischen Rachsucht zu verbreiten. Darüber hinaus werden an israelische Politik oft Maßstäbe angelegt, die kein anderer Staat erfüllen muss. Gerade die Juden, so wird argumentiert, müssten es doch aufgrund ihrer Leidensgeschichte besser wissen. In einer Anfang 2007 veröffentlichten Umfrage der Bertelsmann-Stiftung geben ein Drittel der Befragte an, „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“. Täter und Opfer werden hier vertauscht, die eigene Schuld lässt sich leichter abwehren, wenn die ehemaligen Opfer sich auch nicht besser benehmen.

Zukunft

Wir demonstrieren am 9. November, dem Jahrestag des Novemberpogroms 1938, gegen Antisemitismus und seine Verharmlosung. Antisemitische Äußerungen sind keine Meinung, sondern Aufforderung zur Tat. Den bedrohten Jüdinnen und Juden in Israel, in Deutschland und in der ganzen Welt gilt unsere Solidarität. Ebenso wenden wir uns gegen all diejenigen, die dem Staat Israel das Existenzrecht absprechen, denn dieser ist das Land der Überlebenden und dient als Zufluchtstätte für Jüdinnen und Juden aus der ganzen Welt.

Was folgt ist meist die Aberkennung des Existenzrechts Israels. Der Unterschied zu anderen Konflikten wird hier besonders deutlich: Bei aller Kritik an amerikanischer Politik käme wohl niemand auf die Idee, die amerikanische Regierung und die Bevölkerung gleich zu setzen und anschließend den USA ihr Existenzrecht abzusprechen. Dies geschieht aber in Bezug auf Israel und eben dies ist der antisemitische Charakter dieser Kritik. Jüdische Menschen, egal welcher Staatsangehörigkeit, werden in Kollektivverantwortung für israelische Politik genommen, schließlich, so das Denkmuster „gehören die doch irgendwie alle zusammen“.

Der Jude, Kommunist, Spanienkämpfer und Auschwitz-Überlebende Kurt Goldstein, der vor wenigen Wochen, am 24.September gestorben ist, hat immer zu uns gesagt: „Ihr könnt uns Alte nicht ersetzen, aber ihr müsst es tun!“ Auch der jüdische Widerstandskämpfer Peter Gingold, von dem wir uns im letzten Jahr verabschieden mussten, setzte alle seine Hoffnungen in die jüngeren nachgeborenen Antifaschist_innen. Und darauf, dass die Welt ohne Rassismus und Antisemitismus, ohne Unterdrückung und Ausbeutung für die er sein Leben lang gekämpft hat, doch noch entstehen wird.

Es wird schwer werden ohne sie, die Überlebenden, weiter zu machen, ohne ihren unermüdlchen Einsatz, ohne ihre persönliche und moralische Autorität und ohne ihren Rat und ihre Hilfe. Doch wir werden ihrer Sicht, der Perspektive der Ermordeten, der Opfer und Widerstandskämpfer_innen weiterhin Gehör verschaffen.

Denn noch immer ist eine „neue Welt des Friedens und der Freiheit unser Ziel“!



Deportationsmahnmal an der Putzitzbrücke

Die gesamtstaatliche Repräsentation des Gedenkens

Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ist in Deutschland eine staatstragende Angelegenheit geworden. 60 Jahre hat es gedauert, bis im Nachfolgestaat des NS das Verlangen nach einem Schlussstrich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit politische Karrieren schnell beenden kann.

Während der rot-grünen Koalition wurde dieser Wandel mit dem Gedenkjahr 2005 und der Eröffnung des Mahnmals für die ermordeten Juden Europas am Brandenburger Tor vollendet. Gleichzeitig jedoch wurde, unter Verteidigung der Interessen der deutschen Wirtschaft, jeglichem Rechtsanspruch auf finanzielle Entschädigung der Opfer von NS-Zwangsarbeit durch minimale Zahlungen über die dafür geschaffene Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft ein Riegel vorgeschoben. Die Schulden sind bezahlt, die Denkmäler gebaut und große Gedenktage vorbildlich absolviert. Das Nachdenken, Nachfühlen und Gedenken der Opfer der deutschen Verbrechen ist nun erste Bürgerpflicht: „*Wer Auschwitz leugnet oder relativiert, leugnet oder relativiert in gleichem Maße, Deutscher zu sein.*“ (Roland Koch 2005)

Was sich heute Aufarbeitung nennt, ist Geschichtspolitik im Dienst der deutschen Nation. Tatsächliche Aufarbeitung der Vergangenheit wäre eine Analyse der gesellschaftlichen Ursachen des NS, die zugleich eine Kritik des heutigen, durch den deutschen Staat garantierten status quo sein würde, in dem diese Ursachen fortexistieren. Solche Aufarbeitung kann keine staatstragende Angelegenheit sein, schon gar nicht eine nationalistische.

Die deutsche Politik hingegen hat einen Umgang mit dem größten Verbrechen der Geschichte gefunden, der innenwie außenpolitisches Kapital und daher staatstragend ist. Aus der Tätergesellschaft ist eine Expertengemeinde für Verantwortung geworden, die das das Grauen von Auschwitz als Inbegriff und kulturelles Symbol für Völkermord und sich als dessen Eigentümer präsentiert. Deutsche Geschichte muß nicht mehr vergessen werden, sondern man kann ihr stolz gedenken.

Dieses staatstragende Gedenken konzentriert sich zugleich auf die individuellen Leidenswege der Opfer des NS und dies nicht aus Empathie. Die Betonung der Leiden der Opfer und die Vernachlässigung der Analyse der gesellschaftlichen Ursachen des NS, ermöglichen die diskursive Produktion eines abstrakten Opferbegriffs unter den sich Opfer von Zwangsarbeit, industrieller Vernichtung, Bombenkrieg, Vertreibung und des Stalinismus ohne Widerspruch subsumieren lassen. Dieser Gleichmacherei wird prophylaktisch folgender oder ähnlich lautende Sätze vorangestellt: *„Die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft wird durch das Wissen um die Singularität des Holocaust bestimmt.“* [1]

Ebenso eingeleitet wird der neueste Gedenkstättenkonzeptvorschlag von Bernd Neumann, dem für die „Pflege des Geschichtsbewußtseins und der Erinnerungskultur“ verantwortliche Kulturstatsminister. Unter dem Titel Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen, soll das institutionelle Gedenken in Deutschland entlang des durchgesetzten abstrakten Opferbegriffs

und der altbekannten Totalitarismustheorie neu geordnet werden.

Die Erinnerung an die Opfer des NS wird zur „gesamtgesellschaftlichen Repräsentation des Gedenkens“ thematisch und institutionell mit der Aufarbeitung des DDR-Unrecht und der Erinnerung der Opfer des Stalinismus vereinigt. Industrielle Judenvernichtung und Unfreiheit in der DDR werden im Gedenken an die „zwei Diktaturen“ zusammengeworfen. Die gesetzliche Aufwertung der Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur wird sogar zum Hauptziel der zukünftigen Pflege der bundesdeutschen Gedenkkultur erklärt. Der Konzeptvorschlag schlägt inhaltlich die Verwirklichung des Sächsische Gedenkstättengesetz auf Bundesebene vor. In Sachsen waren der Zentralrat der Juden und andere NS-Opferverbände aus Protest gegen diese Relativierung der Verbrechen der Nazis aus den Gremien der Gedenkstätten ausgetreten. Die praktische Umsetzung der nun gesetzlich festgeschriebenen Totalitarismustheorie wollten sie nicht mitgehen, obwohl sie damit zugleich den letzten institutionellen Einfluß auf die Gestaltung der Gedenkstätten und Erinnerungsorte aufgeben mußten.

Neben solcher Befreiung der Gedenkstätten von ihren Opfern hat die Neuausrichtung des Gedenkens zudem Konsequenzen für den Erhalt und den Betrieb der Gedenkstätten des NS. Dringend benötigte finanzielle Mittel insbesondere in West-Deutschland müssen unter anderem über den Nachweis des „nationalen oder internationalen Stellenwerts des Ortes“, dessen „Authentizität“ und die „Exemplarität für einen Aspekt der Verfolgungsgeschichte der NS-Terrorherrschaft oder der SED-

Diktatur“ beantragt werden. Diese widersinnige Hierarchisierung hat Methode. Im Ost-Deutschland ist die Beweislast weitaus leichter zu erbringen. Dort ist es bereits seit Jahren Finanzierungspraxis, die museumpädagogische Generalüberholung der alten Ausstellungen zum NS aus DDR-Zeiten, gleichzeitig mit der Wiederherstellung der „authentischen Orte“ der NS/SBZ-SED Doppelnutzung zu beantragen. Die sowjetische Armee nutzte nach 1945 die befreiten KZs als Gefangenlager für Nazis. Über einige zu unrecht eingesperrte Deutsche werden sogenannte Speziallagerausstellungen und Gedenkorte für die Opfer des Stalinismus in neugestaltete Gedenkstätten für die Opfer des NS integriert. Nichts ist exemplarischer im Sinne des antitotalitären Gedenkstättenkonzepts als ein authentischer Erinnerungsort mit einer solchen doppelten Vergangenheit. Die wissenschaftliche Abgrenzung der einzelnen Ausstellungen mag durchaus bemüht sein, die Doppelnutzung des Ortes garantiert jedoch den antitotalitären Lerneffekt: Sachsenhausen = KZ = später Speziallager = Opfer überall.

republik Deutschland, 20 Jahre Fall der Mauer. Die deutsche Geschichtspolitik wird ihre antitotalitäre Ausrichtung diesen Anlässen entsprechend weiter vertiefen und ihren eigentlichen Zweck, die Konstruktion einer positiven nationalen Identität expliziter zum Ausdruck bringen. Im Gedenkkonzept heißt es: *„Die im Deutschen Bundestag derzeit diskutierte Idee der Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin wird ausdrücklich unterstützt. Mit einem solchen Denkmal würden auch positive Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte gewürdigt, die erste gelungene Revolution auf deutschen Boden und die Überwindung der deutschen Teilung.“*

[1] Alle weiteren Zitate aus dem Gedenkstättenkonzept

Die deutsche Gedenkpolitik kehrt damit an ihren antitotalitären Ausgangspunkt die NEUE WACHE Unter den Linden zurück, die 1993 von Helmut Kohl zum nationalen Denkmal für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft erklärt wurde und unter diesem abstrakten Opferbegriff das gleichzeitige staatliche Gedenken an den gefallen SS-Mann, die Gefangenen der Stasi und den vergasten Juden ermöglichte. Deutschland einig Opferland. Die nächste staatstragende Aufarbeitung wird zum Gedenkjahr 2009 vollzogen. 70 Jahre Beginn des II. Weltkriegs, 60 Jahre Bundes-

Reichspogromnacht stattgefunden.

Wie die Berliner Polizei berichtete, stahlen Unbekannte in der Nacht des 11.11. Kränze und Blumengebinde an einer Gedenktafel des Jüdischen Krankenhauses Wedding ein Hakenkreuz. An anderer Stelle wurden fünf in das Pflaster eingelassene Gedenksteine, die an deportierte Jüdinnen und Juden erinnern sollen, gestohlen. Ein weiterer wurde mit einem Hakenkreuz verunstaltet.

Am 9.11. haben in Frankfurt/Oder mehrere Jugendliche an einem Gedenkstein in der Innenstadt randaliert. Zuvor hatte dort eine Gedenkveranstaltung an die



© Kappa Photo

„Wir, die wir gegen die Hitler-Faschisten, die alle Länder besetzt hatten, und gegen den Faschismus gekämpft haben, wussten, dass die Verteidigung der großen Ideale der Freiheit und Gerechtigkeit auch den Einsatz der ganzen Person, des eigenen Lebens erforderte.“ (Kurt Julius Goldstein am 7. Oktober 1989 in Marseille)

„Wenn ich heute in Deutschland erlebe, dass Nazis auf den Straßen demonstrieren dürfen und das höchste deutsche Gericht diese Aufmärsche wegen der Meinungsfreiheit schützt, dann sage ich: Für uns ist das geradezu eine unmenschliche Tat, wir leiden darunter.“ (Kurt Goldstein auf der zentralen Feierstunde zum 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz in Berlin)

No Pasaran! Pasaremos!

Kurt Julius Goldstein ist tot

Am 24. September 2007 nach kurzer Krankheit ist Kurt Julius Goldstein, Ehrenvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA), Ehrenvorsitzender des Internationalen Auschwitz-Komitees, Spanienkämpfer, Ehrenbürger Spaniens, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling im Alter von 92 Jahren in Berlin verstorben.

Kurt Julius Goldstein wurde als Sohn einer jüdischen Familie 1914 in Hamm/Westfalen geboren. Als Jugendlicher wurde er

In der Nacht zum 14.11. wurde in Cottbus (Brandenburg) ein jüdisches Denkmal geschändet. Unbekannte schmierten auf eine Gedenktafel für einen früheren jüdischen Friedhof ein Hakenkreuz. An anderer Stelle wurden fünf in das Pflaster eingelassene Gedenksteine, die an deportierte Jüdinnen und Juden erinnern sollen, gestohlen. Ein weiterer wurde mit einem Hakenkreuz verunstaltet.

Noch im 04.07 dieses Jahres nahm er im Kreise seiner ehemaligen Genossen der „Brigadas Internacionales“ an den Erinnerungsfierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Bombardierung der baskischen Stadt Guernica im Spanischen Bürgerkrieg durch die deutsche Legion Condor teil, wo er einen Schwächeanfall erlitt, von dem er sich nicht mehr erholen sollte. In der Stadt die er als Mitglied XI. Internationalen Brigade/Batterie „Ana Pauker“, gegen die spanischen Faschisten verteidigte, hatte er seinen letzten öffentlichen Auftritt.

Wir, die Antifaschistische Initiative Moabit (AIM /Mitglied im VVN-BDA Berlin) sind traurig und bestürzt. Wir vermissen unseren antifaschistischen Mitkämpfer, Freund, Ratgeber und Genossen schmerzlich.

Kommunist, Deutscher, Jude. So hat er sich uns vorgestellt. Und als wir in fragten , ob er auf unserer 9.November-Demonstration 2005 in Moabit reden wolle, sagte er nur: *“Sicher mache ich das, aber ich werde euch nicht nach dem Mund reden. Welche U-Bahnstation ist das denn?“* Wir haben ihn aber doch mit dem Auto abgeholt und er hat uns nicht nach dem Mund geredet, aber aus dem Herzen gesprochen.

Kurt Julius Goldstein wurde als Sohn einer jüdischen Familie 1914 in Hamm/Westfalen geboren. Als Jugendlicher wurde er

Mitglied der Jugendorganisation der KPD und wurde prompt wegen „kommunistischer Umtriebe“ der Schule verwiesen, da er „auführerische Reden gegen Staat und Polizei“ hielt.

Nach der Machtübertragung an die Nazis 1933 war als Jude und Kommunist gezwungen aus Deutschland zu flüchten. Über Luxemburg und Frankreich gelangte er nach Palästina, von wo er 1936 nach Spanien ging, um in den Reihen der Interbrigadisten gegen das faschistische Franco-Regime zu kämpfen. *„Es war mir eine ungeheure Befriedigung mit der Waffe in der Hand, gegen die Faschisten zu kämpfen“*, sagte er dazu, *„ es war die schönste Zeit in meinem Leben.“*

1939, nach der Niederlage der Spanischen Republik, wurde er in Frankreich interniert, saß drei Jahre im Internierungslager, um dann der SS ausgeliefert und nach Auschwitz deportiert zu werden. Dort wurde er in einem Nebenlager des KZ Auschwitz/Monowitz vor der Sklavenarbeit „unter Tage“ in der Kohlengrube Jawischowitz gezwungen. Die Häftlinge Auschwitz/Monowitz wurden kurz vor der Befreiung durch die Rote Armee am 17. Januar 1945 durch die SS „evakuiert“.

Er überlebte den Todesmarsch nach Buchenwald und wurde Zeuge der Selbstbefreiung der Buchenwald-Häftlinge und schwor mit ihnen zusammen am 19. April

NO PASARAN! PASAREMOS!

Kurt Julius Goldstein ist tot

1945 auf dem Appellplatz des von Ihnen befreiten Lagers:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“

Nach der Befreiung kehrte Kurt Goldstein 1946 in den Westen Deutschlands zurück. Aber dort, *„wo wieder viele von denen an den Schalthebeln saßen, die das Zyankali für Auschwitz produziert hatten“*, wollte er nicht bleiben. 1951 übersiedelte er in die DDR und engagierte sich zunächst in der gesamtdeutschen Gewerkschaftsarbeit. Dann wurde er zum Chefredakteur, später Intendanten des Deutschlandsenders berufen. Nach seiner Zeit im Rundfunk ging er mit seiner Frau Margot nach Wien. Hier wirkt er als Sekretär der FIR, der Federation International de Resistance. Seit 1976 arbeitete er im „Internationalen Auschwitz Komitee“, um die Interessen der ehemaligen Häftlinge auch über die „Systemgrenzen“ hinaus zu wahren.

Unvergessen wird er uns, den Tausenden Schülern und Studierenden bleiben, die ihn auf unzähligen Veranstaltungen, bis in die ersten Monate dieses Jahres

hinein trotz seines hohen Alters als einen faszinierenden und unüberhörbaren Mahner vor Krieg und Faschismus kennen gelernt haben.

Kurt Goldstein und seine Frau Margot, haben fünf Kinder und zahlreiche Enkel. Wäre es nach den Nazis gegangen wären sie nie geboren worden.

Die Lücke, die du reißt, ist nicht zu füllen!

No pasaran! Pasaremos !

Sie kommen nicht durch! Wir werden durchkommen!

Am 20.Oktober 2007 ist Kurt Julius Goldstein auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin beige-setzt worden.

Im „deutschen Jahr“ dokumentieren wir antisemitische Schmierereien, Mahnmalschändungen und Angriffe auf Jüdinnen und Juden in Deutschland. Diese Sammlung gibt nur einen Eindruck von dem Ausmaß dieser Taten, sie ist nicht vollständig. Dafür reicht der Platz in unserer Zeitung leider schon lange nicht mehr aus.

In Pirna (Sachsen) schmierten Unbekannte nach Angaben der Polizei am 20.10.2006 ein 4 qm großes Hakenkreuz mit Ölfarbe auf eine Straßekreuzung.

In der Nacht zum 24.10. beschädigten Unbekannte einen Friedhof in Poppenricht (Bayern). Sie sprühten mit roter Lackfarbe ein Hakenkreuz auf den Boden der Leichenhalle und verunstalteten das Grab einer Familie. Sie überspannten den Grabstein mit

einem Bettbezug, der mit einem Davidstern und Schmierereien bemalt war.

In der Nacht zum 26.10. warfen Unbekannte zwei Brandsätze auf das Gelände des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit in Berlin-Oberschöneweide. Der Geschäftsführer der Gedenkstätte, Andreas Nachama, geht von einer politischen Tat aus. Es handelte sich bereits um den zweiten Angriff auf die Gedenkstätte seit ih-

rer Eröffnung im August. Knapp eine Woche zuvor, am 18.10., waren unbekannte Täter in das Gedenkstättenengelände eingedrungen und hatten die Tür einer Baracke mit drei Davidsternen und einem Hakenkreuz beschmiert.

Am 9.11. haben in Frankfurt/Oder mehrere Jugendliche an einem Gedenkstein in der Innenstadt randaliert. Zuvor hatte dort eine Gedenkveranstaltung an die

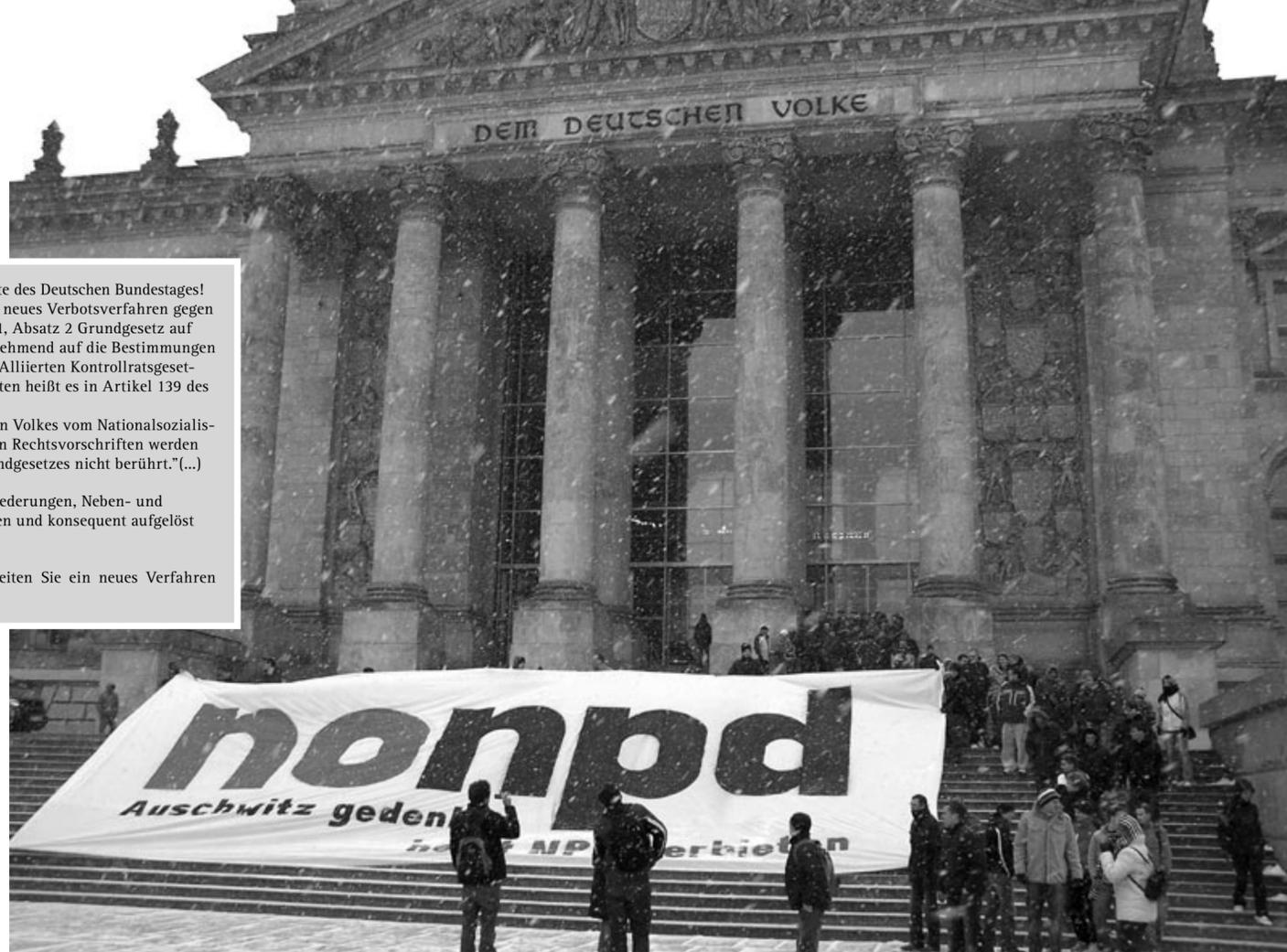
burg) einen jüdischen Gedenkstein. Der Davidstern auf dem Denkmal, das an die frühere Synagoge erinnert, wurde mit goldener Farbe durchgestrichen.

Die Berliner Zeitung berichtete am 24.11., dass eine 14jährige Jüdin in Berlin-Kreuzberg über Wochen hinweg immer wieder von arabischstämmigen Jugendlichen angegriffen worden sei. Demnach ist das Mädchen bereits im Sommer, während des Libanon-

Krieges, auf dem Schulweg mehrfach mit antisemitischen Parolen beleidigt worden. Kurz vor den Herbstferien griff eine Bande das Mädchen und seine Freundin auf offener Straße an, sodass die beiden fliehen mussten. An einem anderen Tag wurde die Jugendliche mit Schlägen ins Gesicht und auf den Rücken traktiert. Der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde, Gideon Joffé, wies darauf hin, dass antisemitische Beleidigungen immer

mehr zum Alltag von Juden in Berlin gehörten. Die Aggressionen gingen dabei nicht nur von Muslimen aus, sondern fänden sich »quer durch alle anderen Religionen«. In Berlin kam es im Jahr 2006 offiziell bisher zu 190 antisemitischen Straftaten.

Am Abend des 29.11 entdeckte eine Polizeistreife Schmierereien am jüdischen Mahmal am Lindenufer in Berlin-Spandau. Die Graffiti,



Auftakt zur NoNPD - Kampagne 26.01.07

NPD-Verbot jetzt!

Unterschriftenkampagne der VVN-BdA
150 000 Unterschriften für ein Verbot der NPD

So steht es in dem Aufruf der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA) der zusammen mit 150 000 Unterschriften nach dem 9. November dem Bundestagspräsidenten übergeben werden soll.

Unter dem Motto "Auschwitz gedenkt heißt NPD verbieten" machte die Berliner VVN-BdA am 26. Januar vor dem Reichstagsgebäude auf den Start der Kampagne "NPD-Verbot jetzt!" aufmerksam. Die Kampagne, die am Tag zuvor mit einer Pressekonzferenz in Berlin eröffnet wurde, ist bundesweit auf große Zustimmung gestoßen.

Sie ist die erste große bundesweite Kampagne des Bundesver-

bandes der VVN-BdA seit über 20 Jahren. Und sie wird bis jetzt von einem überwältigenden Erfolg gekrönt.

Das anfangs anvisierte Ziel 100.000 Unterschriften bis zum 9. November 2007 zu sammeln war schon Ende Juli Makulatur. Als nächstes Ziel wurden 150.000 Stimmen gegen die NPD angepeilt. Zur Zeit der Drucklegung dieser Zeitung, Mitte Oktober, waren es schon fast 140.000 Unterschriften, die an hunderten von Infoständen, auf Veranstaltungen, in Organisationen und Freundeskreisen gesammelt worden waren.

Doch nicht nur Druck auf die Abgeordneten des Bundestages zu erzeugen, war und ist das Ziel der Kampagne, sondern auch eine

breite gesellschaftliche Diskussion zu entfachen und Menschen zu ermutigen sich aktiv gegen Rassismus und Antisemitismus zu stellen. Wenn wir auf die zahlreichen Aktionen und Diskussionen zurückblicken, können wir sagen, das ist gelungen.

Wir geben uns aber keinesfalls der Illusion hin, dass ein Verbotungsverfahren ein Ersatz für die politische Auseinandersetzung mit braunem Gedankengut sein kann oder damit Rassismus und Antisemitismus verschwinden. Ein Verbot erübrigt erst recht nicht die Auseinandersetzung mit den Ursachen des Neofaschismus. Im Gegenteil: Wir sehen unsere Verbotforderungskampagne als Anlass und Chance, die Ursachen des Neofaschismus,

aber auch die in der bundesdeutschen Gesellschaft tiefverwurzelten rassistischen und antisemitischen Ressentiments auf einer breiten gesellschaftlichen Basis zu kritisieren und anzugreifen.

Hierfür kann man von staatlicher Seite keinerlei Unterstützung erwarten, schafft sie doch z.B. durch ihre rassistische Sonderbehandlung von Flüchtlingen und MigrantInnen eine Vorlage für die Hetze der Nazis.

Nichtsdestotrotz sollten wir nicht auf den Versuch verzichten, eine gesellschaftliche Stimmung zu schaffen, in der sich die staatlichen Apparate gezwungen fühlen wenigstens das zustande zu bringen, was nur sie vermögen: ein Parteiverbot auszusprechen und

damit die Finanzen und die Organisationsstruktur der extremen Rechten schwer zu beschädigen. Ernsthafter antifaschistischer Politik kann das durchaus taktische Vorteile verschaffen

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Für ein Verbot der NPD

AIM (Mitglied im VVN-BdA Berlin e.V.)

die nach Angaben der Polizei keine politischen Inhalte enthielten, wurden am darauf folgenden Tag entfernt.

Am 4.12. verteilten acht Rechtsextreme in Grimme (Mecklenburg-Vorpommern) bei einem Seminar Propaganda-CDs. Das Seminar sollte Jugendliche darauf vorbereiten, Besucher durch eine Anne-Frank-Ausstellung zu

führen. Die Neonazis sollen die CDs auch vor Schulen verteilt haben. Auf den Tonträgern wird die Geschichte des jüdischen Mädchens diffamiert und ihr Tagebuch als Fälschung bezeichnet. Die Ausstellungseröffnung am 6. Dezember fand unter Polizeischutz statt.

Wie die Polizei am 12.12. mitteilte, kratzten Unbekannte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Langenstein-Zwieber-

ge (Sachsen-Anhalt) Hakenkreuze in die Stützstange einer Gedenkkiefer und rissen Informationsblätter ab.

Ein 19-jähriger stand im Dezember vor Gericht, weil er auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers Sachsenhausen die nach jüdischer Tradition auf einem Gedenkstein abgelegten Kiesel entfernt und ein 30 x 30cm großes Hakenkreuz in den Stein geritzt. Nach einem Bericht der

Märkischen Allgemeinen bezeichnete W. sich selbst als »freien Nationalisten«. Der Richter habe ihm eine stramme rechte Gesinnung attestiert. Der junge Mann aus Königs Wusterhausen stand bereits mehrfach wegen einschlägiger Delikte vor Gericht.

Unbekannte Täter haben einen Gedenkstein in Forst (Brandenburg), der an die ehemalige Synagoge erinnert, beschmiert. Sie sprühten ein Haken-

kreuz und das Wort »Judas« mit roter Farbe auf den 1 m hohen Findling. Die Schmiererei wurde am 20.12. entdeckt.

Am 29.12. entdeckten Angestellte des Objektschutzes ein 50 x 50 cm großes Hakenkreuz am Lindenufer in Berlin Spandau. Es war mit silberner Farbe auf eine Tafel geschnitten worden, die an die Menschen jüdischen Glaubens in dem Stadtteil erinnert.

In der Nacht zum 1.1.2007 beschädigten Unbekannte fünf Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Obernkirchen (Niedersachsen). Eines der Gräber war nach Informationen der Kulturinitiative Detmold neueren Datums. Der Friedhof, auf dem nach wie vor Jüdinnen und Juden bestattet werden, war erst im März 2006 mit Hakenkreuzen beschmiert worden.

Vermutlich in den frühen Stunden des 4.1. beschmierten Unbekannte acht Gedenksteine und kirchliche Gebäude in Brandenburg/Havel zum Teil großflächig mit nazistischen Symbolen und Parolen. Die Täter hinterließen antisemitische Parolen an den Mauerfronten des jüdischen Friedhofs sowie Hakenkreuze und SS-Runen an einem Denkmal für die Opfer des nationalsozialistischen Euthanasieprogramms.

Der NDR berichtete am 17.1., dass der Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Anklam (Mecklenburg-Vorpommern), Dirk Bierwerth, ein paar Tage zuvor eine Veranstaltung besucht habe, bei welcher der Holocaust geleugnet wurde und antisemitische Thesen verbreitet wurden. In einer Anklamer Gaststätte wurde vor rund 40 Gästen auch Konrad Adenauer als Jude bezeichnet und behauptet, das Deutsche Reich bestehe noch immer.

Auf Nachfrage von Journalisten des NDR habe der Beamte keinerlei Kritik geäußert, sondern die These vom Fortbestehen des Deutschen Reichs als »sehr interessant« bezeichnet.

Unbekannte beschmierten das Mahnmal für die während der Reichspogromnacht 1938 zerstörte Synagoge am Lindenufer in Berlin-Spandau. Polizeibeamte entdeckten das farbige Graffiti am Abend des 21.1.

Das Mahnmal ist in der Vergangenheit bereits mehrfach mit rechtsextremistischen Symbolen und anderen Zeichen beschmiert worden.

Am 27.1., dem Holocaust-Gedenktag, entdeckte ein Passant in Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern), dass zwei »Stolpersteine« mit Beton übergossen wurden. Die kleinen, in den Gehweg eingelassenen Gedenktafeln aus Metall erinnerten an den Wohnort der

Interview mit der Kampagne „Nazis in den Parlamenten“ (NiP) Berlin

Seit den Wahlen im September 2006 sitzen in fünf Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) Mitglieder der NPD, der DVU bzw. der Republikaner. Das Projekt „Nazis in den Parlamenten (NiP) Berlin“ beobachtet seitdem deren Arbeit in den Parlamenten und ihre Aktivitäten im außerparlamentarischen Bereich. Ihre Analysen und Dokumentationen veröffentlichen sie zusammen mit Hintergrundinformationen zu den Personen und Parteien auf der Webseite www.nip-berlin.de. Wir sprachen mit Charlotte von NiP Berlin.

Antifa Prenzlauer Berg (APB): Laut eurer Webseite habt ihr euch bereits kurz nach dem Einzug der NPD in die BVV von Treptow-Köpenick, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln, sowie der Republikaner in Pankow zu dem Projekt NiP Berlin zusammengeschlossen. Was war eure Motivation dazu?

Charlotte: Die meisten von uns waren bereits vor den Wahlen in unterschiedlichen Initiativen gegen Rechts aktiv und hatten sich mit der Möglichkeit, dass die rechtsextreme NPD in eine BVV einziehen könnte, auseinandergesetzt. Leider ist das dann tatsächlich trotz der Aufklärungsarbeit über das Wesen der NPD im Vorfeld der Wahl auch eingetreten. Nach dem klar war, dass wir uns in Zukunft mit Rechtsextremisten in fünf BVV auseinandersetzen müssen, haben wir überlegt, wie wir auf diese Situation am Besten reagieren können. Insbesondere von den Erfahrungen sächsischer Antifaschist_innen konnten wir dabei profitieren, bei denen die NPD bereits seit September 2004 im Landtag sitzt. Von diesen haben wir auch die Ideen und den Namen für NiP Berlin übernommen. In Sachsen existiert bereits seit den sächsischen Kommunalwahlen im 04.07.2004 das Projekt „Nazis in den Parlamenten (NiP) Sachsen“ (siehe dazu: www.nip.systemli.org).

APB: Was macht ihr und welche Ziele verfolgt ihr mit NiP Berlin?

Charlotte: Unser Schwerpunkt liegt auf der Dokumentation und Analyse der Aktivitäten der NPD bzw. der Republikaner in den BVV. Wir beobachten die Sitzungen und veröffentlichen auf www.nip-berlin.de jeweils kurze Berichte über die Tätigkeiten der rechten Bezirksverordneten. Aber auch die außerparlamentarischen Aktivitäten der Verordneten und ihrer Parteien beobachten wir. Auf unserer Webseite finden sich außerdem Porträts der Personen, Hintergrundinformationen zu den Parteien und ein umfangreiches Glossar. Unser Anspruch ist es interessierten Menschen die nötigen Informationen zur Verfügung stellen, um sich ein kritisches Bild der Aktivitäten von NPD und Republikaner in den BVV machen zu können. Wir halten ein Ignorieren der rechten Parteien in den Parlamenten nicht für eine erfolgreiche Strategie im Kampf gegen Rechts. Vielmehr denken wir, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Aktivitäten und der dahinter stehenden Ideologie notwendig ist. Zurzeit schreiben wir an einer Broschüre, in der wir uns intensiv mit der NPD und ihrer Ideologie auseinandersetzen. Außerdem sind wir dabei ein Netzwerk aufzubauen, das sich überregional mit den Aktivitäten von rechten Parteien in Parlamenten beschäftigt.

APB: Wie schätzt ihr die Aktivitäten von NPD bzw. Republikanern nach einem Jahr ein?

Charlotte: Für den einzelnen Verordneten der Republikaner in Pankow ist diese Frage leicht zu beantworten: Er ist vor allem durch Untätigkeit aufgefallen. Anders sieht dies in den vier BVV aus, in denen die NPD vertreten ist. Insbesondere in Treptow-Köpenick und Lichtenberg, in denen mit Udo Voigt und Jörg Hänel langjährige NPD-Kader in der BVV sitzen, nutzt die NPD die ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mittel ausgiebig. Die NPD-Verordneten setzen dabei einerseits auf klassisch rechtsextreme Themen und versuchen sich andererseits betont bürgernah zu geben. So bedient die NPD ihre Stammwählerschaft mit Anträgen wie dem in allen vier BVV eingebrachten zur Umbenennung der Migrationsbeauftragten in „Beauftragte für Ausländerrückführung“. Der Neuköllner NPD-Verordnete Jan Sturm ging sogar soweit die „Zusammenlegung von Schülern deutscher Herkunft auf gemeinsame Schulen“ zu fordern, um so eine „Vermischung der Kulturen“ zu verhindern. Den Anspruch die Interessen des „kleinen Mannes“ zu vertreten, machte die NPD zum Beispiel mit Anfragen zu Schuldnerberatungsstellen im Bezirk deutlich. Außerdem stilisierte sie sich immer wieder als Opfer der demokratischen Parteien und versuchte den Konsens dieser, jegliche Zusammenarbeit mit der NPD zu verweigern, zu durchbrechen. Langfristig verfolgt sie das Ziel als „normale“ Partei anerkannt zu werden, um so die Hemmschwelle für potentielle Sympathisant_innen zu senken. Dass die NPD jedoch keine normale Partei ist, zeigt unser Projekt. Und wir wollen langfristig sicherstellen, dass jeder Antrag der NPD nicht als bürgernahe Kost wahrgenommen wird, sondern als das was es ist: Rassismus, Geschichtsrevisionismus und Sozialdarwinismus.

APB: Wie seht ihr die Zukunft?

Charlotte: Bis zu den erneuten Wahlen der BVV 2011 wird sich leider nichts an der Anwesenheit der Rechtsextremisten in den Parlamenten ändern. Bis dahin wird es entscheidend sein, dass dies nicht zur Normalität wird. Dafür ist es wichtig, dass die demokratischen Parteien auch weiterhin nicht mit der NPD bzw. den Republikanern zusammenarbeiten. Erfahrungsgemäß ist eine kritische Beobachtung und Druck notwendig, um dies zu verhindern. Denn es sind die Inhalte der NPD von denen Gefahr ausgeht, nicht nur die Partei und deren Umfeld. Wenn andere Parteien die gleichen Parolen vertreten würden, was in den Themenfeldern Sicherheitspolitik und Migration schon mal passiert, muss auch dort Kritik geübt werden. Ideal wäre es, wenn eines Tages Inhalte als rechtsextrem erkannt und abgelehnt werden, egal ob sie von der NPD, den Republikanern oder der CDU kommen.

Antifa Prenzlauer Berg (APB)
<http://jpberlin.de/antifa-pankow/pberg/>

15 Jahre danach – Die Pogrome in Lichtenhagen

Was passierte nach Rostock-Lichtenhagen?

Nur wenigen AngreiferInnen wurde der Prozess in einem juristischen Verfahren gemacht. Begründet wurde diese Tatsache mit einer geringen Zahl an Beweismaterialien, obwohl in diesen Tagen etliche Fernsehteamen in Lichtenhagen waren. Viele von ihnen haben genaue Aufnahmen von Gesichtern der Täter. Diese Aufnahmen wurden der Polizei bereitgestellt. Ebenso haben die VertragsarbeiterInnen aus dem Haus einige ihrer „Lichtenhagener Nachbarn“ eindeutig wiedererkannt und dies der Polizei mitgeteilt. Wenn dann doch mal ein Verfahren eröffnet wurde, erhielten viele Angeklagte geradezu lächerliche Strafen, die meisten wegen Landfriedensbruches.

Erst im letzten Verfahren zehn Jahre nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen im Oktober 2001 wurden die Beschuldigten wegen versuchten Mordes angeklagt. Die Angeklagten erhielten bis zu eininhalb Jahren Freiheitsstrafe ausgesetzt zur Bewährung, was für einen versuchten Mord sehr wenig ist. Allgemein kann festgestellt werden, dass, wenn es überhaupt zu einer Anklage kam, immer wieder Gründe

gesucht wurden, die zu einer Strafmilderung führen könnten.

So wurde mal die schlechte soziale Lage und Arbeitslosigkeit der Angeklagten angeführt, mal wurde aber auch einfach auf den Alkoholkonsum an diesem Abend verwiesen. Die juristische Aufarbeitung der Geschehnisse kann also getrost als Witz betrachtet werden. Nur eines hat sich nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen auf gesetzlicher Ebene verändert: das Asylrecht in Deutschland wurde massiv verschärft.

Begleitet und geschützt werden die AngreiferInnen wie die Tage zuvor durch einen Mob von Passanten und BürgerInnen, die das Geschehen verfolgen ohne einzuschreiten, die teilweise die Angriffe bejubeln oder diese mit ausländerfeindlichen Parolen unterstützen und anheizen. Nach Angriffen gegen sie zieht sich die Polizei gegen 21.30 Uhr zurück und das Sonnenblumenhaus bleibt ohne Schutz zurück und wird mit Molotow-Cocktails in Brand gesteckt. Die eintreffende Feuerwehr wird von mit Knüppeln bewaffneten Leuten am Löschen des Feuers gehindert.

Immer mehr Molotow-Cocktails werden auf das Haus geworfen und Jugendliche beginnen mit der Stürmung des Hauses. Zu diesem Zeitpunkt befinden sich neben den 120 VietnamesInnen noch andere HelferInnen im Haus, darunter ein Fernsehteam des ZDF, dessen Bilder später in „Kennzeichen D“ ausgestrahlt werden. Allen Eingeschlossenen gelingt glücklicherweise die Flucht aus dem brennenden Haus, nachdem es Ihnen möglich war eine Dachlucke aufzubrechen und in einen anderen Häuserteil zu flüchten. Allerdings werden ihnen auch hier nur vier Familien in ihren Wohnungen Schutz bieten.

Am 22. August begann jedoch die Situation vor der ZAst M-V zu eskalieren. Gegen 20 Uhr beginnen rund 200 Personen die ZAst anzugreifen.

Polizisten die Vorort eingesetzt waren, müssen sich vorerst zurückziehen. Am Ende des Abends wird die Polizei jedoch wieder Herr der Lage und nimmt zehn Personen fest, die sie allerdings am nächsten Tag wieder freilässt. Am nächsten Tag gegen Mittag setzen sich die Angriffe durch zunächst abermals 200 Leute fort. Im Laufe des Tages treffen in Rostock immer mehr gewaltbereite Neonazis aus ganz Deutschland ein. Darunter bspw. der Vorsitzende der DVU Gerhard Frey und der Hamburger Neonazi Christian Worch. Die Zahl der AngreiferInnen erhöht sich auf 500. Mittlerweile sind auch 200 AntifaschistInnen in Rostock eingetroffen. Diese werden jedoch massiv durch die Polizei an Demonstrationen bzw. an einem Eingreifen vor Ort gehindert. Am frühen Morgen des 24. August entschließt man sich die ZAst zu evakuieren. Allerdings unterbleibt die Räumung des angrenzenden Wohnheimes für vietnamesische VertragsarbeiterInnen, in welchem zu diesem Zeitpunkt noch 120 VietnamesInnen leben. Es kommt erneut zu Angriffen.

Rostock-Lichtenhagen, Ende August 1992. Die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda vom September 1991 sind noch nicht einmal ein Jahr her und trotzdem wird sich hier mit erschreckender Ähnlichkeit wiederholen, was in Hoyerswerda geschehen ist: Ein Mob aus Neonazis und BürgerInnen wird Wohnheime von vietnamesischen VertragsarbeiterInnen angreifen und diese in Brand setzen.

Was passierte in Rostock-Lichtenhagen?

Bereits vor dem 22. August 1992 gab es in Rostock immer wieder Anfeindungen und Angriffe auf BewohnerInnen des Sonnenblumenhauses bzw. auf BewohnerInnen eines angrenzenden Wohnheimes für vietnamesische VertragsarbeiterInnen. Das Sonnenblumenhaus war die Zentrale Aufnahme- und AsylbewerberInnen für Mecklenburg-Vorpommern, kurz ZAst M-V genannt. Hier mussten sich alle AsylbewerberInnen registrieren lassen. Wegen Personalmangel geschah dies äußerst schleppend, so dass viele AsylbewerberInnen gezwungen waren von der ZAst M-V unter menschenunwürdigen Bedingungen zu warten bis eine Bearbeitung erfolgte.



Tradition mit dem 'Dritten Reich' verortet, mündet schließlich in einer Ablehnung der Bundesrepublik.

Und wieder sind die Burschenschaften 'Opfer': Sie sind 'Opfer' einer halluzinierten, 'imaginären moralischen Zensurbehörde', der 'Political correctness', die angeblich Meinungs- und Denkverbote gegen mißliebige Personen aussprechen. Da wird dann schonmal die Relativierung des Holocaust, die Leugnung der deutschen Kriegsschuld oder ein 'Ausländer raus!' als 'Meinung' verkauft.

Die Gefahr solcher Positionen ist kaum zu unterschätzen, denn in diesen elitären Zirkeln werden auch heute Verbindungen für's Leben geknüpft, die in alle Sphären der Gesellschaft reichen. Eines zeigt die Kontinuität in Denken und Handeln der Burschenschaften allemal: Verbindungen waren, sind und bleiben scheiße!

Antifa TU Berlin
www.antifa-tu-berlin.tk

Die Elite bleibt sich treu

.... dass die Burschenschafter in Zukunft nichts anderes sein wollen als Nationalsozialisten.“
- Die „Deutsche Burschenschaft“ im NS

Anfang des 20. Jahrhunderts waren die meisten männlichen Studenten in Verbindungen aktiv. Nach ihrem Studium bekleideten sie wichtige Positionen in Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, Militär und Verwaltung. Und daran hat sich bis heute wenig geändert.

Einer der wichtigsten und zugleich gefährlichsten Verbände ist die 1902 gegründete „Deutsche Burschenschaft“ (DB), die sich schon 1935 zugunsten des Eintritts in den „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (NDSStB) selbst auflöste. Heute blenden viele Burschenschaften diese Tatsache aus oder gerieren sich als 'Opfer' des NS. In der Tat stieß die Auflösung nicht nur auf Zustimmung, aber nicht etwa aufgrund inhaltlicher Differenzen: Die DB ließ keinen Zweifel daran, dass sie ihre Aktiven im Sinne des Nationalsozialismus zu erziehen gedachte. Als 1923 der Kapp-Putsch scheiterte, wussten die Putschisten zumindest die Burschenschafter hinter sich.



Jüdin Martha Crohn und ihrer Familie, die vor den Nationalsozialisten fliehen mussten. Die Steine waren erst vor einem halben Jahr angebracht worden.

Ein 44-jähriger Mann aus dem Kreis Darmstadt-Dieburg (Hessen) terrorisierte drei Jahre lang ein jüdisches Ehepaar. Wie hr-online am 9.2. bekannt gab, gestand der Familienvater,

Die DB war an der Gründung des NDSStB 1926 beteiligt und führte 1933 nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in der Nationalsozialist_innen sowie gleich das 'Führerprinzip' bei sich ein.

Wer in der DB war, vertrat ein völkisch nationalistisches Weltbild; er lehnte die Weimarer Republik wie die Demokratie als Staatsform ab; die Versailler Verträge, die die deutsche Niederlage nach dem Ersten Weltkrieg besiegelten, galten ihm als Schmach; er machte das Judentum für alles mögliche verantwortlich und hielt sie sogleich für 'rassisch minderwertig'. Dies schlug sich denn auch in Taten um. Juden durften bereits 1920 nicht Mitglied in der DB werden; bereits in der Weimarer Republik hatten sich viele Burschenschafter in paramilitärischen Freikorps organisiert, nach 1933 wurde allen unter 35-Jährigen nahe gelegt, sich in SS, SA oder 'Stahlhelm' einzugliedern; Umgang und Alltag der Verbindungs-Studenten wurde zunehmend soldatisch bestimmt. Doch schon aus Tra-

dition und Selbstverständnis der Burschenschaften wird ersichtlich, dass Kameradschaft, Pflichterfüllung und Führungskraft als Werte groß geschrieben werden. Hieraus lässt sich ganz klar eine Wesensverwandtschaft von NS und DB nachzeichnen.

„Man wird ja wohl nochmal sagen dürfen, ...“

Die DB heute - Und daran hat sich bis heute wenig geändert.

Die Burschenschaften der DB bewegen sich meist in einer Grauzone zwischen Nationalkonservatismus und unverhohlenem Neofaschismus. So lässt sich einige Prominenz aus der NPD benennen, die sich der DB verbunden fühlt. Beispielhaft sei hier nur der NPD-Abgeordnete im Sächsischen Landtag Jürgen W. Gansel genannt, der heute ver sucht, der NPD einen intellektuellen Anstrich zu geben und mit Reden vom 'Bomben-Holocaust' von sich reden macht. Dass die DB aber schon strukturelle Nähe zu Nationalismus, Rassismus und

Antisemitismus hat, zeigt der Umstand, dass auch österreichische Burschenschaften beitreten können, was den völkischen Gehalt des Begriffes 'Nation' darlegt. So sei das 'Volk' auch ein „eine menschliche Gemeinschaft, die durch gleiche Abstammung, gleiches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur und verwandtes Brauchtum, dieselbe Sprache und zusammenhängenden Siedlungsraum verbunden und geprägt ist.“ Ganz klar, es geht auch um die 'Ostgebiete' wie Ostpreußen und Schlesien, die im Zuge der Niederlage im Zweiten Weltkrieg 'verloren' wurden. So ist das Geschichtsverständnis der DB auf Revanchismus, Relativismus und Revisionismus getrimmt. Während nämlich die deutsche Wehrmacht ganz und gar nicht verbrecherisch war und der Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden eher randständig zu sein hat, sind die Leiden der Deutschen, insbesondere im Zuge von Kapitulation und 'Vertreibung', gar nicht hoch genug zu bewerten. Dieses Selbstbild, das sich mitunter in einer

Unbekannte beschmierten in Nordhausen (Thüringen) das Wohnhaus des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde mit NS-Symbolen. Wie die Polizei mitteilte, sei die Tat zwischen dem 9. und 13.2. begangen worden. Die Täter sprühten den Spruch »Juden raus« und NS-Runen an die Hauswand. Der Polizei ist noch unklar, ob das Haus gezielt ausgesucht wurde. In dem Viertel seien des öfteren ähnliche Schmierereien an anderen Gebäuden entdeckt worden.

Am Morgen des 25.2. skandierten zwei 20- und 21-jährige Männer im Berlin-Marzahn-Hellersdorf »Heil Hitler« und »Judenschweine«. Dabei bewarfen sie parkende Autos mit Steinen. Sie wurden festgenommen. An einer Realschule in Berlin-Reinickendorf entdeckten am selben Wochenende Polizisten an der Fassade ein Hakenkreuz und die Worte »Sieg Heil«.

Mitarbeiter des Gartenamtes in Schlangen (Nordrhein-Westfalen) entdeckten am 22.2. auf dem jüdischen Friedhof zwei Hakenkreuze, die auf die Grabsteine aufgemalt waren. Der Polizeiliche Staatsschutz vermutet, dass die Grabsteine in der Nacht vom 2. auf den 3.2. von drei Männern beschmiert worden seien, die kurz zuvor die Fassade einer Schule mit antisemitischen Sprüchen und eine Kirche mit dem Schriftzug »Odin

de*fence! – eine Kampagne gegen den rassistischen Normalzustand 15 Jahre nach Abschaffung des Asylrechts

Wir wollen den 15. Jahrestag der Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl und der Verabschiedung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Juli 2008 zum Anlass nehmen auf die vielfältigen Formen des staatlich-institutionellen und alltäglichen Rassismus aufmerksam zu machen. Aus unserer antirassistischen Perspektive heißt das, auch weiterhin solidarisch den alltäglichen Widerstand der Betroffenen zu unterstützen, die in Lagern untergebracht sind oder die ohne Papiere ihr Leben organisieren. In den Mittelpunkt unserer Kam-

pagne stellen wir den grundsätzlichen gemeinsamen Kampf um gleiche Rechte. Das bedeutet für uns auch, uns auf die zu beziehen, die schon Anfang der 90er Jahre aktiv versucht haben in die rassistischen Debatten einzugreifen, die für eine andere Gesellschaft demonstriert haben und die im Alltag und politisch mit allen Mitteln denen etwas entgegengesetzt wollten, die die rassistische Spaltung betrieben. Wir wollen in unseren Aktionen auch an die alltäglichen Formen des Unterlaufens von Gesetzen und Widerstandsformen anknüpfen, die MigrantInnen

mit und ohne Papiere täglich auf neue praktizieren, um für einbehaltenen Lohn, für gleiche Rechte, eine Anerkennung ihrer Anwesenheit oder gegen Abschiebungen zu kämpfen.

Deshalb rufen wir alle migrantischen, flüchtlingspolitischen, antirassistischen Gruppen und Einzelpersonen auf diese Kampagne aufzugreifen und sich im Laufe des nächsten Jahres an Widerstandaktionen zu beteiligen und/oder diese selbst zu initiieren. Als Initiative gegen das Chipkartensystem planen

wir unterschiedliche Aktionen zu verschiedenen Themengebieten vom Herbst 2007 bis zum Sommer 2008. Den inhaltlichen Gesamtrahmen wollen wir durch eine ausführliche Broschüre und thematische Informationsveranstaltungen begleiten. Vorläufiger Höhepunkt der Kampagne soll eine bundesweite Demonstration gegen den institutionellen und alltäglichen Rassismus im Juli 2008 in Berlin sein. Wir wollen diese Kampagne zwar starten, aber nicht alleine bleiben, sondern Bündnisse eingehen mit Gruppen, die zu den Themen arbeiten und/

oder von ihnen betroffen sind und die Vernetzung antirassistischer Gruppen in der BRD ausbauen. Wenn Ihr Interesse an einer (auch punktuellen) Zusammenarbeit habt, meldet Euch bei uns – teilt uns Eure Termine mit – diskutiert mit uns.

Nähere Infos:
www.chipkartenini.squat.net

Termine zur Kampagne findet ihr auf der Rückseite!

im Ersten Weltkrieg gefallen sind.

Unbekannte sprühten am 25.3 in Berlin-Lichtenberg und -Tempelhof Nazisymbole und antisemitische Zeichen. Sie hinterließen Schmierereien an Hauswänden und in einem U-Bahnhof.

Am 9.4. entstand am Museum für den jüdischen Maler Felix Nussbaum in Osnabrück (Niedersachsen) durch einen Brand ein hoher Sachschaden. Die

Polizei geht von Brandstiftung aus. 10 qm der hölzernen Außenverkleidung des vom Architekten Daniel Libeskind entworfenen Baus seien mit einem Stoffbündel in Brand gesetzt worden.

In der Nacht zum 7.4. verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf das »Café Rosenstein« in Berlin-Pankow. Der Ausschank und zwei Pavillons brannten völlig aus. Die Polizei ermittelt »in alle Richtungen«. Sie

schließt auch einen antisemitischen Hintergrund der Tat nicht aus – wegen des jüdischen Namens. Das Ausflugscafé war in der Vergangenheit schon häufiger das Ziel von Zerstörungsaktionen. Es soll wieder aufgebaut werden.

Vermutlich in der Nacht zum 20.4. veranstalteten Unbekannte ein Mahnmahl für Opfer der Nazi-Verbrechen in Dessau (Sachsen-Anhalt). Sie besprühten es mit Farbe und einer 20 m lan-

Vom Heiligen- zum Columbiadamm

Kundgebung gegen das „Heldengedenken“ auf dem ehemaligen Garnisons-Friedhof in Berlin-Neukölln am 18.11.2007 um 10:00 Uhr

Schluss mit der ungestörten "Helden"-Verehrung

Schon 1990 und 1991 versammelte sich die militante Naziszene der Bundesrepublik am "Volkstrauertag" in Halbe. Seit 2003 führt der Nazi-Verein "Freundeskreis Halbe e.V." alljährlich im November am Vortag des "Volkstrauertags" dort ein "Heldengedenken" durch. Ziel der Naziaufmärsche ist der Waldfriedhof von Halbe, der größte Soldatenfriedhof in der BRD.

2003 fand das "Heldengedenken" mit etwa 700 TeilnehmerInnen unter dem Motto "Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten" statt.

Die Deutsche Bundeswehr und die "Versöhnung über den Gräbern"?

Wenn es keine aufmerksame Öffentlichkeit wie in Halbe gibt, fällt es den militanten Nazis leicht, gesellschaftlichen und inhaltlichen Anschluss an die Naziaufmärsche zu finden. Wie leicht das geht, kann man an der Rede des Generalinspektors der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, anlässlich der Einweihung eines Soldatenfriedhofes in Beberbeki/Lettland am 22. September 2007 feststellen. Der ranghöchste General der Bun-

dass in Lettland während der deutschen Besatzung etwa 70.000 jüdische Menschen unter aktiver Mitwirkung von Wehrmachtseinheiten ermordet wurden.

Angesichts einer solchen Indifferenz gegenüber den Tätern und dem Verschweigen der Opfer fehlt an dieser Stelle nicht mehr viel zum faschistischen Heldengedenken, wie es sich die Nazis vorstellen.

Militaristen united

In den letzten Jahren waren die Nazis über das ganze Bundes-

Gegen das Heldengedenken auf dem Columbiadamm

Der Garnisonsfriedhof am Columbiadamm ist gepflastert mit den Meilensteinen deutscher Geschichtsklitterung. Hier werden deutsches Heldengedenken und völkisch-nationalistische Traditionspflege seit Jahren relativ ungestört zelebriert. Vereint werden die "Trauergäste" durch die Verehrung ihrer im Kampf für "die deutsche Nation" gefallen Helden: "Wir starben auf das Deutschland lebe! So lasst uns leben in euch!" - so lautet die Inschrift des zentralen Kriegerdenkmals

GEGEN DAS Heldengedenken IN HALBE

www.redhalbe.de.vu

Das Ziel der Nazis ist es, diesen Friedhof als Symbol, als NS-Wallfahrtsort zu etablieren. Mit der Ehrung der toten Soldaten und der Leugnung der deutschen Verbrechen versuchen sie den Nationalsozialismus und den Krieg zu verklären. Diese offene Bezugnahme auf die Heldenmythen des "Dritten Reichs" garantiert den Organisatoren hohe Teilnehmerzahlen.

Keine Fahnenappelle mehr am Waldfriedhof?

In den Jahren 2005 und 2006 wurde das faschistische Heldengedenken durch ein breites gesellschaftliches Bündnis gestoppt. Daraufhin kündigte Christian Worch an, am Vorabend des Volkstrauertags nicht mehr in Halbe aufzutreten zu wollen. Dieses soll nun am 5. Sonntag vor Ostern - dem ursprünglich vom VdK eingeführten Termin - durchgeführt werden. Weiterhin hat Worch verlaublich, am Volkstrauertag durchaus Aktionen durchführen zu wollen.

deswehr beschreibt die dort begrabenen deutschen Soldaten als "in Kameradschaftlichkeit treu" und "ohne Ausführung offenbar böser Befehle in unschuldigem Glauben" gefallen. Dann findet er sehr schnell den Bogen zu den aktuellen Auslandseinsätzen der Bundeswehr: "Junge Menschen, die von uns erwarten, dass wir für sie die Zukunft gewinnen. Die wollen, dass wir uns über Gräber hinweg versöhnen und uns die Hände reichen. Auch sie wollen ihrem Land dienen und tun dies zum Teil wiederum als Soldatinnen und Soldaten. Ihr Dienst ist nicht einfach, und deshalb denke ich in diesen Minuten an unsere Truppen auf dem Balkan, in Afghanistan, am Horn von Afrika und vor der Küste des Libanon."

Kein Wort findet der Oberste General zu den Opfern der deutschen Soldaten, zu dem Vernichtungskrieg, den die Wehrmacht geführt hat, zu dem unsäglichen Leid, welches mit den deutschen Soldaten über Europa kam. Unerwähnt ließ der Generalinspekteur,

gebiet hinweg am Volkstrauertag aktiv. Sie nahmen unter anderem an Veranstaltungen des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge (VdK) teil, sie legten Kränze an Kriegerdenkmälern nieder, reinigten und pflegten Kriegsgräberstätten.

In Berlin-Neukölln am Friedhof Columbiadamm versammelten sich am Volkstrauertag neben Bundeswehrrangehörigen, Burschenschaftlern und Soldaten der Alliierten auch Mitglieder der NPD, DVU und der Kameradschaftszene.

Organisiert hat das "Heldengedenken" Armin Brenker, stellvertretender Landesvorsitzender des "Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr". Mitveranstalter war das Standortkommando Berlin der Bundeswehr. In den Ansprachen wurden ausdrücklich rechtsextreme Organisationen wie die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger und die SS-Veteranenvereinigung HIAG gewürdigt.

zur Erinnerung an die im ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten des Garde-Grenadier-Regiments No. 4. Weitere Denkmäler und Inschriften erinnern an die Soldaten des Zweiten Weltkrieges, der Kolonial- und zahlreicher anderer Kriege.

Schluss mit der ungestörten "Helden" - Verehrung! Wir wollen dieser rechts-nationalen bis rechtsextremistischen Geschichtsschreibung ein Ende setzen.

Ein Bündnis verschiedener Gruppen bereitet Gegenaktivitäten vor, um gegen die geschichtsrevisionistischen Vorgänge am 19.11.2007 zu protestieren.

Achtet auf weitere Ankündigungen

Deutsches Jahr gen Parole. Das im Januar 2005 errichtete Mahnmal, welches an die nationalsozialistische Produktion von Zyklon B in Dessau erinnert, war bereits im November 2005 beschmiert worden.

In der Nacht zum 23.4. wurden in Berlin das jüdische Mahnmal in der Levetzowstraße mit einem 1 m großen Hakenkreuz beschmiert und eine jüdische

Gedenktafel in der Hansastraße mit einem roten Hakenkreuz besprüht.

Die Gedenkstätte für Zwangsarbeiter in einem ehemaligen Rüstungswerk in Kahla (Thüringen) ist seit Mitte März immer wieder verüßtet worden. Mehrfach wurden Gedenktafeln entwendet. Anfang Mai wurden schließlich sämtliche noch vorhandenen Gedenktafeln zerstört. In der ehemaligen unterirdi-

schen Flugzeugfabrik waren während des Zweiten Weltkriegs 12.000 bis 15.000 Zwangsarbeiter beschäftigt.

In der Nacht zum 4.5. beschmierten Unbekannte ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Sömmerda (Thüringen) mit Hakenkreuzen. Die Gedenkstele, die an den Todesmarsch von KZ-Häftlingen und an das Schicksal jüdischer Frauen erinnert, war in der jüngsten Vergan-

genheit mehrfach zerstört worden.

Drei oder vier Jugendliche beleidigten und schlugen am Abend des 20.5. in Berlin-Mitte einen 16jährigen, der eine Kippa trug. Die Angreifer hatten den jungen Mann, der sich in Begleitung eines 15jährigen in der S-Bahn-Linie 1 befand zunächst mit antisemitischen Sprüchen beleidigt. Bevor sie die Bahn verließen, schlug einer von ihnen mit der flachen Hand zu.

Die Polizeidirektion Bamberg meldete am 8.6., dass der jüdische Friedhof in Aschbach (Bayern) von Unbekannten verwüstet wor-

den sei. Demzufolge warfen Unbekannte 49 Grabsteine um, von denen mehrere zerbrachen. Es entstand ein hoher Sachschaden.

In der Nacht zum 21.5. besprühten Unbekannte in Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern) Hinweisschilder und Werbetafeln mit SS-Runen und Hakenkreuzen und schrieben das Wort »Lüge« auf einen Gedenkstein für die Opfer eines Konzentrationslagers.

Die Polizeidirektion Bamberg meldete am 8.6., dass der jüdische Friedhof in Aschbach (Bayern) von Unbekannten verwüstet wor-

den sei. Demzufolge warfen Unbekannte 49 Grabsteine um, von denen mehrere zerbrachen. Es entstand ein hoher Sachschaden.

In Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) haben Unbekannte 64 Grabsteine auf einem Ehrenfriedhof für die Opfer des Faschismus beschädigt. Dies teilte die Polizeidirektion Schwerin am 18.6. mit.

Die Bürgerinitiative Freie Heide teilte am 8.6. mit, dass Unbekannte eine Gedenktafel für die Opfer des Nationalsozialismus bei Neu-Luttenrow (Brandenburg) zersägt hätten. Die Stele wurde im Jahr 1996 vom Spandauer Friedensmarsch gemein-

sam mit der Bürgerinitiative Freie Heide errichtet, um an die Opfer der NS-Todesmärsche zu erinnern, die an dieser Stelle vorübergegangen waren. Bereits im Jahr 1998 hatten Unbekannte die Stele beschädigt.

Unbekannte entwendeten in Wetzlar (Hessen) eine Gedenktafel für die jüdischen Opfer des Naziregimes. Das berichtete der Gießener Anzeiger am 15.6. Die Tafel erinnerte an die Wetz-

larer Juden, die vor der Deportation in die Vernichtungslager im Juni 1942 in der Jahnstraße in Wetzlar in einer Baracke eingepfercht wurden.

In Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) haben Unbekannte 64 Grabsteine auf einem Ehrenfriedhof für die Opfer des Faschismus beschädigt. Dies teilte die Polizeidirektion Schwerin am 18.6. mit.

Blockieren ist unser Recht!

Gegen das Heldengedenken in Halbe!

Als am 3. März 2007 wieder einmal Nazis zum Waldfriedhof in Halbe marschieren wollten, blockierten einige hundert Menschen ihren Weg. Die Polizei räumte den Nazis rücksichtslos diese Blockade. Dabei wurden Leute verletzt. Anschließend kassierte die Polizei willkürlich 70 Menschen und stellte deren Identität fest.

Zwei Wochen später bekamen alle einen Bußgeldbescheid über 124 Euro. Noch immer haben ca. 30 Menschen dieses Geld nicht bezahlt. Sie sind der Meinung, dass Zivilcourage gegen Nazis dringend notwendig ist und nicht betrafft werden darf. Das Amtsgericht im brandenburgischen Zehdenick hat nun die Antifaschist_innen vorgeladen. Der erste Prozess war ein Erfolg. Ein Verfahren wurde eingestellt und die anderen auf einen Sammeltermin am 5.11.07 verlegt.

Es ist ein Unding, dass einerseits von Politiker_innen aller Parteien immer wieder Engagement gegen Rechts eingefordert wird und andererseits tatsächlich gezeigte Zivilcourage mit Bußgeldverfahren und Verletzungen "bezahlt" werden muss.

Wir fordern die sofortige Rücknahme aller Bußgeldbescheide und Einstellung der laufenden Verfahren! Keine_r darf für ihr_sein antifaschistisches Engagement bestraft werden! Bezahlt wird nicht! Kommt alle am 5. November 2007 nach Zehdenick!

Berlin Brandenburger Bündnis NS-Verherrlichung stoppen!
Spenden: Berliner VVN-BdA e.V.
Franz-Mehring-Platz 1/ 10243 Berlin
Postbank Berlin BLZ 10010010 / Kontonummer 315904105
Sichwort: Halbe Sachsen

GEGEN DAS Heldengedenken IN HALBE

V.i.S.d.P. Peter Müller, Lindenstr. 12, 15757 Halbe

www.redhalbe.de.vu

Gegen das Heldengedenken in Halbe

Jahr um Jahr treffen sich am „Volkstrauertag“ im November auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm in Berlin-Neukölln aktive Bundeswehr- und ehemalige Wehrmichtsangehörige, soldatische Traditionsverbände, Burschenschaftler, Vertriebenenverbände, Ritterkreuzträger, Familienangehörige, rechtskonservative PolitikerInnen sowie alte und neue Nazis, um sich an den militäristischen „Heldendenkmälern“ der deutschen „Gefallenen“ der Weltkriege zu erinnern. Sie legen in der sonntäglichen Vormittagsruhe Kränze nieder, halten Trauerreden, veranstalten einen Gottesdienst und rühmen den „deutschen Heldentod“. Sie stellen ihre Uniformen zur Schau und tragen sich in Anwesenheitslisten ein: denn nicht jedem ist die Teilnahme an diesem geschichtspolitischen Gedenkritual erlaubt – eine Voranmeldung beim Veranstalter, dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, wird erbeten. Man bleibt halt lieber unter sich... Diese „Trauergemeinschaft“ erhielt im November 2006 erstmals Besuch von einer Recherche-kundgebung, die einen kritischen Blick auf diese traditionsstiftende Versammlung warf und die Vorgänge dokumentierte.

Zur Tradition des Volkstrauertags

Der „Volkstrauertag“ wurde in der Weimarer Republik als Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkriegs eingeführt. Die Nationalsozialisten legten diesen Tag als staatlichen Feiertag fest und benannten den Volkstrauertag in „Heldengedenktag“ um. Durchgeführt wurde der „Heldengedenktag“ von Wehrmacht und NSDAP. Statt des Totengedenkens stand nun die Heldenverehrung im Mittelpunkt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde 1948 die Tradition des „Volkstrauertags“ in der alten Form wieder aufgenommen. Zur formalen Abgrenzung vom „Heldengedenktag“ gab es eine zeitliche Verlegung in

den Monat November. Der größte Trägerverein für den „Volkstrauertag“ ist heute der Volksbund für deutsche Kriegsgräberfürsorge. Dessen Gedenken gilt den „Opfern von Krieg und Gewalt“, soldatische Traditionsverbände, Burschenschaftler, Vertriebenenverbände, Ritterkreuzträger, Familienangehörige, rechtskonservative PolitikerInnen sowie alte und neue Nazis, um sich an den militäristischen „Heldendenkmälern“ der deutschen „Gefallenen“ der Weltkriege zu erinnern. Sie legen in der sonntäglichen Vormittagsruhe Kränze nieder, halten Trauerreden, veranstalten einen Gottesdienst und rühmen den „deutschen Heldentod“. Sie stellen ihre Uniformen zur Schau und tragen sich in Anwesenheitslisten ein: denn nicht jedem ist die Teilnahme an diesem geschichtspolitischen Gedenkritual erlaubt – eine Voranmeldung beim Veranstalter, dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, wird erbeten. Man bleibt halt lieber unter sich... Diese „Trauergemeinschaft“ erhielt im November 2006 erstmals Besuch von einer Recherche-kundgebung, die einen kritischen Blick auf diese traditionsstiftende Versammlung warf und die Vorgänge dokumentierte.

Traditionspflege in der Bundeswehr

Mit der Gründung der Bundeswehr 1955 standen sich zwei konträre Auffassungen über mögliche Traditionsbindungen gegenüber: die „Reformer“ beabsichtigten einen Bruch mit dem Militarismus und entwarfen das Konzept der „Inneren Führung“ und des „Staatsbürgers in Uniform“. Dagegen hielten die „Traditionalisten“ an der Vorstellung des Soldaten-Berufs als einem besonderen „Stand“ fest. Damit konnten sich letztere weitgehend durchsetzen. Der Begriff der „Inneren Führung“ suggerierte einen Neuanfang, der sich alter militaristischer Leitbilder entledigen sollte. Die Traditionalisten stimmten dieser Rhetorik zu, in einer Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Wehrmacht zu entgegen. Unter anderem die weitgehende personelle Kontinuität ermöglichte es, dass die Wehrmacht zum Vorbild der Bundeswehr-Konzeption wurde. Soldatische Traditionsverbände, davon viele rechtsextrem, wurden wieder zugelassen, faschistisches Liedgut konnte bis in die Gesangsbücher vordringen. Für einen großen Teil der Kasernen wurde auf die Namen gefallener Wehrmachtsoffiziere zurückge-

griffen. Verbindendes Glied waren dabei die „zeitlosen soldatischen Tugenden“.

Der Traditionsbildung einen Rahmen setzte der „Traditionserlass“ von 1965, der Bezüge zur Wehrmacht zuließ, aber auch aus dem Militär stammende Gegner Hitlers zur Traditionsbildung empfahl. Nun wurden vereinzelt Kasernen nach Mitgliedern des 20. Juli benannt, das Gros der Einrichtungen erhielt aber weiterhin Namen von Wehrmachtsgenerälen.

Gruppe Subcutan, November 2007

2007

Messer, versuchte, ihn mit dem Auto anzufahren und flüchtete schließlich.

In der Nacht zum 27.6. verwüsteten Unbekannte einen Gedenkstein auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof in Cottbus (Brandenburg). Sie übergossen den Stein mit schwarzer Farbe. In der gleichen Nacht beschmierten ebenfalls in Cottbus Unbekannte so genannte Stolpersteine, die an Juden erinnern sollen, die während des Nationalsozi-

griffen. Verbindendes Glied waren dabei die „zeitlosen soldatischen Tugenden“.

Der Traditionsbildung einen Rahmen setzte der „Traditionserlass“ von 1965, der Bezüge zur Wehrmacht zuließ, aber auch aus dem Militär stammende Gegner Hitlers zur Traditionsbildung empfahl. Nun wurden vereinzelt Kasernen nach Mitgliedern des 20. Juli benannt, das Gros der Einrichtungen erhielt aber weiterhin Namen von Wehrmachtsgenerälen.

Mit der schrittweisen Neuausrichtung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee vor weltweit einsatzfähigen Interventionstruppe drängte sie verstärkt in den öffentlichen Raum oder wurde zu neuen Traditionsstiftungszeremonien gebeten. Ab 1999 nahm die rotgrüne Regierung eine Neujustierung vor: Der Bezug auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 wurde zur zentralen Sinnstiftung erklärt. Der hier hergestellte Traditionsbezug soll der Bundeswehr eine „antifaschistische“ Legitimation verleihen, sie wird im Zusammenhang der Militarisierung der Außenpolitik als „Menschenrechts- und Friedensarmee“ inszeniert.

Der Traditionsbezug auf die Wehrmacht wird durch drei Gedenkkosmetik nicht beeinträchtigt: Bundeswehrrangehörige beteiligen sich ebenso selbstverständlich an der Gedenkfeier in Mittenwald wie an Ehrenzeremonien vor NS-Kriegerdenkmälern – so wie Jahr um Jahr auch auf dem Friedhof Columbiadamm.

Unser Gedenken gilt den Opfern der Shoa und der nationalsozialistischen Massenmorde, unserer Empathie den Überlebenden der deutschen Vernichtungspolitik!

Gruppe Subcutan, November 2007

2007

Messer, versuchte, ihn mit dem Auto anzufahren und flüchtete schließlich.

In der Nacht zum 27.6. verwüsteten Unbekannte einen Gedenkstein auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof in Cottbus (Brandenburg). Sie übergossen den Stein mit schwarzer Farbe. In der gleichen Nacht beschmierten ebenfalls in Cottbus Unbekannte so genannte Stolpersteine, die an Juden erinnern sollen, die während des Nationalsozi-

Abschiebeknäste zu Baulücken!

04.11.2007 | 16:00 Uhr | S Spindlersfeld
Demonstration zum Abschiebeknast Grünau

Eine Aktion im Rahmen der de-fence!-Kampagne der Initiative gegen das Chipkartensystem.

Infos: www.chipkartenini.squat.net

Demonstration für Zuwanderung ohne Rassismus und ein Bleiberecht für alle!

anlässlich der Innenministerkonferenz in Berlin

Do 06.12.2007 | 17.00 Uhr | Alexanderplatz
>> 19.00 Uhr Abschlußkundgebung am Radisson Hotel, Karl-Liebknecht-Str. 3 (Tagungsort der IMK)

Der Bundestag und der Bundesrat haben im Sommer mit dem neuen Zuwanderungsgesetz zahllose Verschärfungen beschlossen: die Erschwerung des Familiennachzugs, die Erschwerung der Einbürgerung für junge MigrantInnen, Sanktionen bei Nichtteilnahme an Integrationskursen, verminderter Leistungsbezug für nicht anerkannte Flüchtlinge, verschärfte Ausweisung und vieles mehr.

Wir fordern die IMK und den Innenminister sowie die PolitikerInnen der Bundesrepublik auf:

- Umgehend einen Abschiebestopp für alle Flüchtlinge zu verhängen!
- Ein neues Zuwanderungsgesetz ohne Rassismus und ein ganzes Bleiberecht umzusetzen.
- Abgeschobenen Menschen die Rückkehr in ihre Heimat die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen.
- Menschen ohne Papieren ein Bleiberecht zu geben!
- Zäune und Mauern um Europa abzuschaffen, Fluchtwege zu öffnen und Menschen in Not großzügig aufzunehmen.
- Die Kinder- und Menschenrechte der UNO vollständig in der Bundesrepublik zu respektieren und umzusetzen!

Für Gleichheit und Gerechtigkeit, für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen!

Infos: www.hier.geblieben.net



Bargeld für Alle – Sachleistungen abschaffen!

15.12.2007 | ChipIni goes Umland:
Antirassistischer Einkauf in Brandenburg

anlässlich des internationalen Tags der MigrantInnen am 18.12.2007

Infos: www.chipkartenini.squat.net

26.10.2007 | 19:00 Uhr | Haus der Demokratie

Helmuth Hübener (1925-1942) - Jugend im Widerstand: Edelweißpiraten, Meuten, Mormonen, Kommunisten, Sozialisten, Christen, Deserteure.....

Mit Heinz Koch (Hallenser Meuten), Prof.Dr. Alan Keele (Hübener-Biograph), Ulrich Sander (Autor), Erwin Schulz (Widerstand von Arbeitersportlern), Moderation: Hans Coppi

| *Haus der Demokratie und Menschenrechte, Robert-Havemann-Saal | Greifswalder Str. 4 | Prenzlauer Berg* |

27.10.2007 | 11:00 Uhr | Gedenkstätte Plötzensee

Gedenken und Erinnern an Helmuth Hübener und die anderen alle

| *Hüttigpfad, S-Bhf. Beusselstr., Bus 123* |

01.11.2007 | 20:00 Uhr | Bunte Kuh

Film-Abend: "Aufstand im Warschauer Ghetto"

Der Film verbindet Zeitzeugengespräche mit einer Dokumentation über die Hintergründe und Vorbereitungen des mutigen und kraftvollen Widerstandes im besetzten Warschau.

Anschließend Soli-Tresen für die NEA mit Musik, kühlen Getränken und Vokü. Eintritt frei!

| *Bernkasteler Straße 78 (Weißensee) | Tram: 12, 27: Berliner Allee/Rennbahnstr., M4: Buschallee | Bus: 156, 255, N50: Berliner Allee/Rennbahnstr., 155, X54, 259: Rathaus Weißensee*

07.11.2007 | 20:00 Uhr | Bunte Kuh

Film-Abend: "Mir zeynen do - der Ghetto-Aufstand und die PartisanInnen von Bialystock"

Als im August 1943 das Ghetto endgültig liquidiert und die BewohnerInnen in das Vernichtungslager Treblinka transportiert werden sollten, nahmen einige hundert BewohnerInnen den Kampf auf.

| *Adresse u. Anfahrt s.o.* |

08.11.2007 | 19:30 Uhr | Heinrich-Böll-Bibliothek

Zeitzeugengespräch mit Paul Ostberg

Paul Ostberg, heute 90 Jahre alt, Sohn jüdischer Berliner, berichtet über sein Leben in der Zeit des Faschismus, von der Internierung in einem Schweizer Lager und den versuchten Kontaktaufnahmen zur Resistance in Frankreich.

| *Greifswalder Straße 87 (Prenzlauer Berg) | S-Bahn: S8, S85, S41, S42: Greifswalder Straße | Tram: M4* |

09.11.2007 | 09:00 Uhr | Jüdischer Friedhof Weißensee

Kranzniederlegung

Am Morgen des 9. November wollen wir den Opfern der „Novemberpogrome“ gedenken, indem wir uns an einer Kranzniederlegung am jüdischen Friedhof in Weißensee beteiligen. Bringt Blumen und Kränze mit!

| *Herbert-Baum-Straße 45 (Weißensee) | Tram: M4, M13, 12: Albertinenstraße | Bus: 158, 255: Albertinenstraße* |

09.11.2007 | 18:00 Uhr | Jüdisches Waisenhaus Pankow

Gedenk-Kundgebung am ehemaligen jüdischen Waisenhaus in Pankow.

Veranstaltet von den North East Antifascists [NEA]

| *Berliner Straße 120/121 (Pankow) | S-Bahn: S2, S8: Pankow | U-Bahn: U2: Pankow | Tram: M1, 50: S/U-Bhf Pankow | Bus: M27, 107, 155, 250, 255, X54* |

10.11.2007 | 11:00 Uhr | S-Bhf Karlshorst

Rundgang: Jüdisches Leben in Lichtenberg

Zum dritten Mal findet aus Anlass des Jahrestages der Reichspogromnacht in Lichtenberg ein Rundgang zu Stätten jüdischen Lebens statt. Der Rundgang findet dieses Jahr in Karlshorst statt. Ihr seid eingeladen, mit uns so ein Stück der Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung im Bezirk nachzuvollziehen und so der Vergessenheit zu entreissen.

| *Veranstaltet wird der Rundgang vom antifaschistischen Lichtenberger Jugendbündnis ALKALIJ | www.alkalij.org* |

10.11.2007 | 21:00 Uhr | Dosto

HIP HOP JAM AGAINST ANTISEMITISM mit:

Chaoze One & Lotta C (Mannheim), Schlagzeiln (Berlin), Disco (Berlin/Texas), Conexion Musical (Berlin), anschließend AfterShow Party (Minimal, Elektro, Techno)

| *Breitscheidstr.43c | Kulturhof, Bernau* |

18.11.2007 | 10:00 Uhr | Garnisonsfriedhof

Kundgebung gegen das „Heldengedenken“ auf dem ehemaligen Garnisons-Friedhof in Berlin-Neukölln

| *Columbiadamm 122 | Bus 104 "Garnisonsfriedhof"* |

25.11.2007 - 09.12.2007 | Dosto

Ausstellung: "Das hat's bei uns nicht gegeben! - Antisemitismus in der DDR"

Das Rechercheprojekt „Antisemitismus in der DDR“ hat sich zum Ziel gesetzt, innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung eine Debatte über Antisemitismus anzustoßen. Im Gegensatz zum Mythos vom Antifaschismus in der DDR hat es hier durchaus auch Antisemitismus von staatlicher Seite gegeben.

| *Öffnungszeiten: tgl. von 14 - 20 Uhr | Breitscheidstr.43c | Kulturhof, Bernau* |

30.11.2007 - 02.12.2007 | Berlin Lichtenberg

Jugendkonferenz „Jugend aktiv gegen Rechts - selbstbestimmte und selbstorganisierte Strukturen schaffen“

Was ist Rassismus? Wie argumentiere ich gegen Nazi-Parolen? Wie organisiere ich eine Demonstration? Wie gestalte ich ein Flugblatt? Diese und andere Fragen werden Themen von Workshops und Seminaren sein. Ziel ist es, dass ihr und wir uns selbstbestimmt in unserem Bezirk gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit engagieren. Die Konferenz ist Teil des Programms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

| *Für weitere Informationen, Anmeldung und Nachfragen: www.jugendkonferenz.de* |